

ANTRAG

der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

EEG-Novelle zur Photovoltaikvergütung

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, über den Bundesrat auf eine Veränderung der durch das BMU und das BMWi aktuell geplanten EEG-Novellierung hinzuwirken.

Es ist sicherzustellen, dass die zusätzlichen Vergütungsabsenkungen nicht zur Gefährdung und einem Zusammenbruch der Photovoltaikbranche in Mecklenburg-Vorpommern führen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Vergütungsabsenkungen in einem zeitlichen Rahmen erfolgen, der es den Handwerksbetrieben ermöglicht, die Vergütungsabsenkungen bei ihren schon abgegebenen Angeboten bzw. Projekten zu berücksichtigen.

Außerdem muss auch in Zukunft 100 % der Stromproduktion einer PV-Anlage über das EEG vergütet werden. Eine Regelung im EEG, die nur noch die Vergütung von Teilmengen des produzierten Stromes zulässt, ist abzulehnen.

Jürgen Suhr und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Die Nutzung der Photovoltaik stellt schon heute mit einem Anteil von fast 5 % am Stromverbrauch in Mecklenburg-Vorpommern einen wichtigen Beitrag zur Versorgung mit regenerativen Energien dar.

Mit einer zusätzlichen Vergütungsabsenkung und weiteren Einschränkungen reagieren das BMU und das BMWi auf die hohen Neuinstallationen von 7.500 MW im Jahr 2012 in Deutschland und die deutlich gefallenen Modulpreise auf dem internationalen Markt. Die jetzt geplanten zusätzlichen Vergütungsabsenkungen und vor allem auch ihre extrem kurzfristige Umsetzung verhindern eine schrittweise Umstellung auf ein unter Umständen mögliches niedrigeres Preisniveau und treffen vor allem die Handwerksbetriebe, die PV-Anlagen im Auftrag ihrer Kunden errichten. Die dort geleistete Vorarbeit von Monaten wird vernichtet. Durch weitere ohnehin zusätzliche technische Anforderungen durch den Gesetzgeber und die Energieversorgungsunternehmen werden in dieser Situation auch noch weitere zusätzliche Kosten verursacht.

Die PV-Industrie in Mecklenburg-Vorpommern hat die Unterstützung der Landesregierung in dieser schwierigen Situation verdient!